

Der Vollzugsdienst

4-5/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Langjährige
BSBD-Forderungen
werden nun realisiert**

Übergangszahlungen für die
Beschäftigten im Justizvollzug

Seite 4

**Der „Justizvollzug
ist eine staatliche Pflicht –
und keine Kür!“**

Justizminister Stichelberger, Baden-
Württemberg, im Gespräch mit dem BSBD

Seite 9

**Berliner Justizsenatorin
verzettelt sich
in unterschiedlichen Aussagen!**

Übernahme der Anwärtinnen und
Anwärter weiterhin ungeklärt

Seite 19



Der „Justizvollzug ist eine staatliche Pflicht – und keine Kür!“

Lesen Sie im Facheil: Leitsätze zum Urteil des zweiten Senats vom 4. Mai 2011

BSBD-Hauptvorstandssitzung in Hagen

Der Gewerkschaftstag wirft seine Schatten voraus

Ganz im Zeichen des in Kürze stattfindenden BSBD-Gewerkschaftstages stand die Hauptvorstandssitzung. Es galt die personelle und programmatische Ausrichtung und Erneuerung der Fachgewerkschaft Strafvollzug sachgerecht vorzubereiten. Bereits vor längerer Zeit hatte Landesvorsitzender Klaus Jäkel erklärt, für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung zu stehen. Die Gremien der Gewerkschaft konnten sich deshalb mit diesem Problem beschäftigen, um auch für die kommende Amtszeit eine Persönlichkeit für den Vorsitz der Interessenvertretung zu nominieren, von der eine Fortsetzung und Intensivierung der bislang überaus effizienten BSBD-Gewerkschaftsarbeit erwartet werden kann. Daneben bereitete das Gremium den BSBD-Gewerkschaftstag inhaltlich vor. Satzungsstruktur und inhaltlich-strategische Ausrichtung der künftigen Arbeit wurden intensiv diskutiert, damit der Gewerkschaftstag die erforderlichen Beschlüsse fassen kann, um eine im Hinblick auf die gegenwärtigen Rahmenbedingungen erforderliche Neuausrichtung der BSBD-Gewerkschaftsarbeit in Nordrhein-Westfalen zu bewirken.

Der langjährige BSBD-Landesvorsitzende **Klaus Jäkel** wird beim kommenden Gewerkschaftstag nicht mehr für ein Amt im BSBD-Landesvorstand kandidieren. Diese Mitteilung kam für die aus allen NRW-Justizvollzugsanstalten angereisten Mandatsträger nicht überraschend. Bereits beim letzten BSBD-Gewerkschaftstag 2007 in Münster hatte **Jäkel** angekündigt, nur noch für eine Periode die Aufgabe als Landesvorsitzender des mitgliederstärksten BSBD-Landesverbandes in Deutschland wahrzunehmen zu wollen.

Peter Brock für den Vorsitz nominiert

Seit 25 Jahren ist **Klaus Jäkel** Mitglied im BSBD-Landesvorstand, den er seit 10 Jahren als Landesvorsitzender leitet. „Nun“, so **Jäkel**, „ist die Zeit gekommen, dass ein jüngerer Kollege diese wichtige Aufgabe übernimmt.“ Gleichzeitig empfahl **Jäkel** dem Gremium seinen bereits seit vielen Jahren in der Gewerkschaftsarbeit engagierten Stellvertreter **Peter Brock** aus der Justizvollzugsanstalt Rheinbach als seinen Nachfolger zu nominieren. **Brock** ist für die Strafvollzugs-



Die Delegierten der Ortsverbände votierten einstimmig dafür, Peter Brock als Nachfolger des ausscheidenden Vorsitzenden Klaus Jäkel zu nominieren.

bediensteten in NRW wahrlich kein Unbekanntes. Der Hauptvorstand war deshalb auch sehr schnell bereit, dem Vorschlag **Jäkels** zu folgen und **Peter Brock** für dessen Nachfolge zu nominieren.

Mit **Peter Brock** wird voraussichtlich ein ausgewiesener Vollzugspraktiker die Führung des BSBD-Landesverbandes übernehmen. Bislang für den Rechtsschutz zuständig, ist er künftig gefordert, die strategischen Leitlinien für die Durchsetzung der berechtigten Interessen der Strafvollzugsbediensteten zu entwickeln und zu realisieren. Vor den Mitgliedern des Hauptvorstandes führte er aus, dass der BSBD unter seiner Führung darum kämpfen werde, dass dem Strafvollzug endlich jene personellen und finanziellen Ressourcen verfügbar gemacht werden, die für die Wahrnehmung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben unverzichtbar sind.

Sicherheits- und Wirtschaftslage spitzen sich zu

Auch wenn sich der Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center vom 11. September 2001 zum zehnten Male gejäht hat, muss die Sicherheitsla-

ge auch in unserem Land gleichermaßen als dramatisch verschärft angesehen werden. Die mit dieser Situation unmittelbar konfrontierten Sicherheitsorgane sind sowohl personell als auch sächlich auf diese Herausforderung vorbereitet worden. Im Bereich des Strafvollzuges ist in dieser Hinsicht wenig unternommen worden, um ihn für die Behandlung fundamentalistisch ausgerichteter, terroristischer Gewalttäter fit zu machen. Auch wenn die Zahlen derjenigen noch gering sind, die dem Vollzug aus diesem Kriminalitätsbereich zugeführt worden sind.

Der Strafvollzug benötigt allerdings zusätzliches hochqualifiziertes und spezialisiertes Personal, das auf den Umgang mit diesen Straftätern rechtzeitig vorbereitet ist. „Jetzt ist es an der Zeit, die richtigen politischen Weichenstellungen vorzunehmen, um den Strafvollzug sachgerecht zu befähigen, diese Aufgabe im Interesse der Gesellschaft effizient und professionell wahrnehmen zu können. Noch haben wir Zeit, uns für diese sich abzeichnende Herausforderung zu wappnen. Die Politik darf nicht zu lange wegschauen und dieses Problem ignorieren“, meinte der für den Vorsitz nominierte BSBD-Spitzenmann.



Die Delegierten nominierten Peter Brock einstimmig für die Nachfolge von BSBD-Chef Klaus Jäkel.

Peter Brock mahnte zugleich, dass die durch Griechenland ausgelöste Finanzkrise nicht als willkommene Alibi herangezogen werden dürfe, im Bereich des Strafvollzuges aus Kostengründen auf zwingend erforderliche Entscheidungen zu verzichten. So leide der Strafvollzug seit Jahren unter einem beträchtlichen Personalfehlbestand, der nach **BSBD**-Berechnungen mit mindestens 900 Stellen zu beziffern sei. Das weder finanziell noch durch Freizeit ausgleichbare Überstundenkontingent des Strafvollzuges bewege sich jahresdurchschnittlich bei 400.000 Stunden. In einer solchen Situation müsse es sich zwangsläufig verheerend auswirken, dem Strafvollzug und seinen Bediensteten zusätzliche Aufgaben und Belastungen aufzubürden. Neue Einrichtungen gingen ans Netz, wobei sich abzeichne, dass nach dem Jugendvollzug das Einzelunterbringungsprinzip nunmehr auch im Erwachsenvollzug eingeführt werde.

Strafvollzug bedarf der sachgerechten Personalausstattung

Diese Maßnahmen führten zu Personalbindungen, die durch die Rekrutierung zusätzlichen Personals ausgeglichen werden müsse, solle nicht die Qualität des Strafvollzuges insgesamt Schaden nehmen. „Der Politik muss klar sein, dass wir es nicht hinnehmen können, dass die vollzuglichen Standards und damit gleichermaßen die Arbeitsbedingungen der Strafvollzugsbediensteten weiter verschlechtert werden. Mit den Arbeitsverdichtungen der zurückliegenden Jahre ist die Grenze des Zumutbaren erreicht. Die rot-grüne Landesregierung ist daher aufgerufen, den im Strafvollzug bestehenden Personalbedarf schrittweise zu befriedigen“, forderte **Brock** die Politik



„Wenn wir mit dem Gewerkschaftstag in einen neuen Entwicklungsabschnitt eintreten, dann bitte ich Euch alle, meinem Nachfolger mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, damit der BSBD auch in Zukunft die erfolgreiche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten bleibt“, mahnte Klaus Jäkel die Mitglieder des Hauptvorstandes.

zum Handeln auf. Derzeit sieht die Administration in der „Umschichtung“ und „gerechten“ Verteilung des vorhandenen Personals das Allheilmittel. In der Konsequenz würde dies jedoch nichts anderes bedeuten als das bestehende vollzugliche Behandlungsangebot in Teilen zurückzunehmen oder ganz zu streichen. In einigen Vollzugseinrichtungen müssten folglich wegweisende und zielführende Entwicklungen aufgegeben werden. Ob eine so relativ reiche Gesellschaft so mit den Lebenschancen von Menschen umgehen darf, erscheint dem **BSBD** indes mehr als fraglich.

„Wo überwiegend labile Menschen in Enge und Dichte miteinander leben müssen, sind latente Unruhe und wachsendes Aggressionspotenzial unvermeidlich. Erschwerend kommt hinzu, dass die Insassen zunehmend größeren kriminellen Kalibers sind. Gewalttätigkeit, Gewaltbe-

reitschaft, Drogenhandel und -konsum sowie Ausländerprobleme beherrschen zunehmend den vollzuglichen Alltag und überfordern die Vollzugsbediensteten teilweise. Das gilt insbesondere für die organisierte Kriminalität, die längst Einzug in unsere Gefängnisse gehalten hat“, stellte **Peter Brock** klar.

Vor diesem Hintergrund plädierten die **BSBD**-Mandatsträger für die inhaltliche Überprüfung des Sicherheitssystems in den nordrhein-westfälischen Vollzugsanstalten. Gleichzeitig forderten sie Landtag und Landesregierung dringend auf, dem Strafvollzug das unumgänglich erforderliche Personal zuzubilligen und zur Verfügung zu stellen.

„Der Vollzug“, so **Brock**, „steht vor großen Herausforderungen und Belastungsproben. Die Gradwanderung zwischen Resozialisierungsauftrag und sicherer Unterbringung der Gefangenen gestaltet sich zunehmend schwieriger. Soll der Resozialisierungsgedanke die ihm zukommende Bedeutung behalten und sollen die Anstalten sich nicht zu Pulverfässern entwickeln, ist eine aufgabenangemessene Sach- und Personalausstattung des Vollzuges unverzichtbar.“ Der Gewerkschafter plädierte insbesondere dafür, trotz der sich aus der Finanzkrise ergebenden finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte die erforderlichen politischen Prioritäten für den Strafvollzug zu setzen.

Mahnungen des scheidenden Vorsitzenden

Klaus Jäkel ließ vor den Delegierten der Ortsverbände die zurückliegenden zehn Jahre nochmals Revue passieren. „Die vollzuglichen Probleme im Strafvoll-



Angesichts der Finanzkrise läuft der Strafvollzug Gefahr, mit seinen Bedürfnissen und Interessen durch die Politik übersehen zu werden. In dieser Hinsicht wird sich der BSBD zum „schlechten Gewissen“ der Politik entwickeln müssen.

zug und speziell in Nordrhein-Westfalen sind nicht wie der „Heilige Geist“ über uns gekommen, sie waren absehbar. Seit Jahren weist der **BSBD** öffentlich auf Fehlentwicklungen hin und hat sich konkret mit Vorschlägen zu deren Behebung zu Wort gemeldet. Teile der NRW-Landespolitik scheinen jedoch noch immer taub zu sein, wenn es um den Strafvollzug, die Wiedereingliederung von Rechtsbrechern und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit geht“, kritisierte **Jäkel**. In dieser Hinsicht müsse der **BSBD** den eingeschlagenen Weg, sich zum „schlechten Gewissen“ der Politik zu entwickeln, konsequent fortsetzen.

Andere Bereiche, zu denken sei dabei vorrangig an Polizei und Schule, könnten sich wegen der größeren Beschäftigtenzahlen und des größeren öffentlichen Interesse, auch bei der Politik eher Gehör verschaffen. Diesen strukturellen Nachteil des Strafvollzuges müsse der **BSBD** durch Hartnäckigkeit, langen Atem und größtmöglicher Geschlossenheit ausgleichen, mahnte der scheidende **BSBD**-Chef.

Der BSBD gilt als erster Ansprechpartner für Medien und Politik

Wenn ich anlässlich des Gewerkschaftstages Abschied von einer herausfordernden Aufgabe nehme, dann tue ich das nicht ohne Wehmut. In der Rückschau auf die zurückliegenden zehn Jahre dürfen wir mit einigem Stolz feststellen, dass wir gemeinsam den Standard in der Gewerkschaftsarbeit nicht nur gehalten, sondern weiter verbessert haben. Bei den Medien und Politik hat sich der **BSBD** den Ruf als kompetenter Fürsprecher des Strafvollzuges erworben und gilt als deren erster Ansprechpartner. Möglich wurde dies, weil die Strafvollzugsbediensteten zwischenzeitlich eine Grunderkenntnis gewerkschaftlicher Interessenvertretung verinnerlicht haben: plurale Meinungsvielfalt in der internen Diskussion und geschlossene, gemeinsame Verfolgung der festgelegten Ziele sind die Voraussetzung dafür, die Forderungen des Strafvollzuges und seiner Bediensteten effektiv zu vertreten.

„Der neue Vorsitzende wird darauf angewiesen sein, dass wir alle ihn nach besten Kräften unterstützen, damit auch in der Zukunft die Stimme des Strafvollzuges durch die Politik gehört und wahrgenommen wird. Wenn wir alle uns diesem Ziel verpflichtet fühlen und bereit sind, hierfür auch unter Zurückstellung persönlicher Bedürfnisse und Ansprüche einzutreten und zu streiten, dann werden wir auch künftig erfolgreich sein“, schrieb **Jäkel** den Delegierten der Ortsverbände ins Stammbuch.

Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen 2011

Großartiger Wahlerfolg für BSBD

„Ein besseres Ergebnis konnten wir nicht erwarten“, freute sich **BSBD**-Landesvorsitzender Klaus Jäkel nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen im NRW-Strafvollzug. Begünstigt wurde der Erfolg, weil die gewerkschaftliche Konkurrenz vielfach auf die Einreichung von Wahlvorschlägen verzichtet hatte, so dass überwiegend nach den Grundsätzen der Persönlichkeitswahl gewählt wurde. Für den Bereich der Hauptjugend- und -auszubildendenvertretung war dies nicht ganz unproblematisch, weil es für die Kandidatinnen und Kandidaten nicht einfach war, sich über den eigenen beruflichen Wirkungskreis hinaus bekannt zu machen. Umso überraschender war dann das ausgewogene Ergebnis des Urnenganges. „Die starke Orientierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit des **BSBD** und deren konsequente Ausrichtung auf die spezifische Interessenlage haben Früchte getragen“, zeigte sich der für Fragen der Nachwuchskräfte zuständige“ **stv. BSBD**-Landesvorsitzende Theo Wieczorek (Wuppertal) zufrieden über das hervorragende Abschneiden der Gewerkschaft Strafvollzug bei dieser Wahl.

Sachkompetenz, Verlässlichkeit und Engagement werden bei den Strafvollzugsbediensteten in Nordrhein-Westfalen von den **BSBD**-Mandatsträgern erwartet und gerade in schwierigen Zeiten eingefordert.

Einen solchen erneuten Vertrauensbeweis, der nicht mehr zu überbieten ist, erhielten nun die **BSBD**-Mandatsträger für die Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen im NRW-Strafvollzug. Für die Wahl der Jugend- und



Stefan Verboket



Denny Gimmerthal



Jennifer Eitelgörge



Dominik Gaillard

Auszubildendenvertretung im NRW-Justizministerium war eine Persönlichkeitswahl erforderlich, da nur der **BSBD** Kandidatinnen und Kandidaten vorge schlagen hatte.

Hier erhielten folgende Kolleginnen und Kollegen die meisten Stimmen:

- **OWM-Anw. Stefan Verboket von der JVA Heinsberg, Vorsitzender**
- **JVOS-Anw. Denny Gimmerthal von der JVA Aachen, 1. Stellvertreter**
- **JVOS-Anw. Dominik Gaillard von der JVA Heinsberg, 2. Stellvertreter**
- **JVOS Alexander Wormann von der JVA Bielefeld-Brackwede**
- **JVOS-Anw.in Jennifer Eitelgörge von der JVA Willich I**

Bei den Ergebnissen für die Wahlen der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen ergibt sich ein ähnliches Bild. Auch hier waren überwiegend Persönlichkeitswahlen erforderlich, weil die gewerkschaftliche „Konkurrenz“ erst gar nicht angetreten war.

Der **BSBD** beglückwünscht alle gewählten JAV-Vertreter zu dem überraschenden Ergebnis und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihren vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben. Gleichzeitig geht ein herzliches Dankeschön an die Kandidatinnen und Kandidaten sowie an alle, die durch ihren Einsatz und ihre Überzeugungskraft zu dem großartigen Ergebnis beigetragen haben.

Von 605 Wahlberechtigten haben 321 Anwärterinnen und Anwärter ihre Stimme abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung 53,1 Prozent. Bei der letzten Wahl im Jahre 2009 betrug sie 47,9 Prozent.

BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel zeigte sich befriedigt über das Ergebnis. Einmal mehr habe sich erwiesen, dass die Kolleginnen und Kollegen das ehrenamtliche Engagement der vielen **BSBD**-Mandatsträger auch an der Wahlurne honorierten.

Obwohl die gegenwärtige Lage des Strafvollzuges wahrlich nicht rosig sei, wobei große Herausforderungen und hohe Belastungen die Arbeit im NRW-Strafvollzug kennzeichneten, hätten die Kolleginnen und Kollegen einmal mehr den Schulterschluss mit ihrer Gewerkschaft, dem **BSBD**, vollzogen.

„Diesen Vertrauensbeweis empfinden die in die Mitbestimmungsgremien gewählten Mandatsträger als Ermutigung, aber auch als Verpflichtung, den Interessen der Nachwuchskräfte engagiert und mit hoher Fachkompetenz die erforderliche Geltung in den Verhandlungen mit der ministeriellen Administration zu verschaffen“, gab der **BSBD**-Chef die künftige Marschrichtung vor.

Überschaubar in den Dimensionen – effektiv in den Behandlungsangeboten

JVA Detmold beging 50-jähriges Bestehen

Die Verkehrsverhältnisse verhinderten am 16. Mai 2011, dass Justizminister Thomas Kutschaty pünktlich in Detmold eintraf. Gespannt warteten über einhundert Festgäste auf die Botschaft des Ministers an Belegschaft und Region, denn seit geraumer Zeit ist die Detmolder Einrichtung darum bemüht, sich zu vergrößern und damit die angespannte Belegungssituation bei den Kapazitäten der Untersuchungshaft zu verbessern. Auch die Stadt ist an dieser Erweiterung der Vollzugseinrichtung interessiert, können doch auf diese Weise Arbeitsplätze geschaffen und die Bedeutung Lippes gesteigert werden.



Wo sonst Insassen turnen: Justizminister Kutschaty, SPD-Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer, Bürgermeister Rainer Heller, Landrat Friedel Heuwinkel und Anstaltsleiterin Kerstin Höltkemeyer-Schwick (von links) in der Sporthalle.

Foto: Grone/Lippische Landeszeitung

Kerstin Höltkemeyer-Schwick, seit 2006 Leiterin der JVA Detmold, begrüßte die weit über einhundert Gäste aus der Politik, dem öffentlichen Leben und dem Strafvollzug und sprach auch gleich an, was den Detmolder Kolleginnen und Kollegen so sehr auf den Nägeln brennt: die Erweiterung ihrer Einrichtung von 160 auf 305 Haftplätze. Hiermit werde eine homogene Entwicklung der Einrichtung, die durch Kreis und Stadt nachdrücklich gestützt und mitgetragen werde sichergestellt.

Landrat **Friedel Heuwinkel** (CDU) und Bürgermeister **Rainer Heller** (SPD) unterstützten die Vorstellungen der Anstaltsleiterin und betonten in ihren Grußworten, dass Kreis und Stadt es begrüßen würden, wenn sich das Land relativ zeitnah für den Ausbau der JVA Detmold aussprechen könnte. Zu dieser Frage wollte sich Minister **Kutschaty** (SPD) allerdings nicht definitiv festlegen lassen und erklärte gegenüber der Presse, dass es erheblichen Investitionsbedarf im NRW-Strafvollzug gebe. Es sei eine Prioritätenliste erstellt worden, die es zunächst abzuarbeiten gelte. In seinem Festvortrag stellte der Minister kurz die Entwicklung

des Strafvollzuges in Detmold, die bis weit in das 18. Jahrhundert zurückreiche. Wegen dieser langen Vollzugstradition identifiziere sich die Kommune mit „ihrer“ Vollzugsanstalt, was man nicht so häufig in NordrheinWestfalen vorfinde.

„In einigen Städten soll in der Vergangenheit sogar schon die Frage der Aufstellung von Hinweisschildern an den Zufahrtsstraßen für kontroverse Diskussionen in den kommunalen Gremien gesorgt haben. In Detmold ist das offensichtlich anders“, würdigte **Kutschaty** die gute Zusammenarbeit von Strafvollzug und Kommune.

Der Minister betonte, dass die JVA Detmold seit 1971 selbständig sei. Zuvor fungierte die Einrichtung als Landgerichtsgefängnis. „Nach mehreren Umbauten und Modernisierungen ist die JVA Detmold heute eine zeitgemäß gestaltete Justizvollzugsanstalt, mit einer anspruchsvollen Vollstreckungszuständigkeit, in der ein moderner Strafvollzug praktiziert wird. Mit den überkommenen Klischees von einem Gefängnis, wie sie uns auch heute manchmal noch gerne in Spielfilmen und Serien präsentiert werden, hat die Vollzugslandschaft



Die JVA Detmold besteht nunmehr seit 50 Jahre am jetzigen Standort.

in unserem Lande nichts gemein“, erklärte **Kutschaty**, um dann den Blick der Festversammlung auf die Prinzipien des modernen Strafvollzuges zu lenken.

„Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, dass es zu einem menschenwürdigen und gleichzeitig an den berechtigten Sicherheitsinteressen der Gesellschaft sowie dem Resozialisierungsgebot orientierten Behandlungsvollzug keine Alternative gibt. Auch wenn die einschlägige Boulevard-

Haftplätzen zwar nicht zu den großen Vollzugseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zähle, aber gleichwohl ein sehr breites Angebot qualifizierter Maßnahmen zur Betreuung und zur Förderung der gesellschaftlichen Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Menschen biete.

Als Beispiel sprach er zwei besondere Vollzugsmaßnahmen an, die über die üblichen vollzuglichen Angebote hinausgehen. In der Justizvollzugsanstalt

Detmold gebe es eine besonders intensiv sozialtherapeutische Abteilung mit 15 Plätzen, in der überwiegend Gewalt- und Sexualstraftäter Aufnahme fänden. Darüber hinaus bestehe seit 2007 auch noch eine konzeptionell und räumlich

gesondert ausgestattete Abteilung für 22 lebensältere Gefangene. „Dieses landesweit einzigartige Betreuungsangebot steht Gefangenen ab 55 Jahren offen. Mit einer solchen Spezialisierung trägt die Anstalt dem demografischen Wandel in unser Gesellschaft Rechnung, der sich natürlich auch zunehmend im Strafvollzug auswirkt“, lobte Minister **Kutschaty**. Gegen Ende seines Festvortrages hob

der Justizminister hervor, dass die JVA Detmold in der Zeit ihres Bestehens eine sehr erfolgreiche Entwicklung genommen habe. „Ohne den besonderen persönlichen Einsatz in Verbindung mit der hohen fachlichen Qualifikation und der Einsatzfreude der hier tätigen Menschen wäre dies nicht möglich gewesen. Die Professionalität der geleisteten Arbeit zeigt sich insbesondere in der schon traditionell verschwindend geringen Zahl von besonderen Vorkommnissen und Beschwerden in der JVA Detmold. Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen und mich bei allen hier tätigen Bediensteten für Ihren Einsatz und Ihr Engagement in der tagtäglichen Arbeit besonders herzlich zu bedanken“, würdigte Minister **Kutschaty** besonders Wirken und Engagement des Personals der JVA Detmold. Der Beiratsvorsitzende der Anstalt, MdL **Dennis Maelzer**, sprach besonders das ehrenamtliche Engagement an, auf das sich die Anstalt stützen könne. Besonders die sehr harmonische Zusammenarbeit und Verzahnung von haupt- und ehrenamtlichen Arbeit sei charakteristisch für die JVA Detmold. Durch dieses Engagement werde ein Bewusstsein geschaffen, dass Menschen, die gefehlt hätten, die Chance zu einem Neubeginn eröffne. Zum Schluss des Festaktes bedankte sich die Leiterin der JVA Detmold, **Kerstin Höltkemeyer-Schwick**, bei den Rednern



Die Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung und einer Abteilung für lebensältere Strafgefangene hat das Behandlungsspektrum deutlich erhöht.

presse schon mal gerne abfällig von ‚Kuschelvollzug‘ spricht, bleibt es dabei, dass nur ein differenzierter, speziell auf die Behebung der kriminalitätsauslösenden Faktoren ausgerichteter Strafvollzug den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor Straftaten gewährleisten kann“, stellt der Minister klar. Unter Hinweis auf die JVA Detmold würdigte **Kutschaty**, dass die Einrichtung mit ihren insgesamt 160



Die JVA Detmold – in Atriumbauweise errichtet – verfügt über einen für die ihr zugewiesenen Aufgaben sachgerechten Sicherheitsstandard.

für die wohlwollende Würdigung sowohl der Einrichtung als auch der Arbeit und des Engagement der hier tätigen Menschen. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch eine musikalische Zeitreise des Gitarrenduos **Andrew Gardsen** und **Pete Ash**. Ihre musikalischen Darbietungen ließen auch bei dem hohen Gast aus der Landeshauptstadt Düsseldorf die Füße wippen.

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

OV Bielefeld-Oberems

Sonne, Wasser und Piraten

Exkursion der Ruheständler nach Mecklenburg-Vorpommern

Voller Erwartung starteten die Pensionäre des Ortsverbandes im September zu ihrer traditionellen Exkursion. Eine Reise in die neuen Bundesländer stand auf dem Programm. Obwohl Ostwestfalen gemeinhin als eigenbrötlerisch und stur gelten, machte man sich in ziemlich aufgeräumter Urlaubsstimmung auf den Weg. Bereits die Anreise wurde angesichts des herrlichen Wetters zu einem Augenschmaus. Niedersachsen präsentierte sich von seiner schönsten Seite, kein Wölkchen war am Himmel zu sehen. Aber auch Brandenburg ließ sich nicht lumpen. Ausgedehnte Kiefern- und Laubwälder säumten die Straßen. Einige verirrte Schleierwolken dekorierten das Azurblau des Himmels. Wenn von Mecklenburg-Vorpommern die Rede ist, schätzt man die Entfernungen meist nicht richtig ein. Obwohl sich die Anreise länger als erwartet gestaltete, entschädigte das farbliche Zusammenspiel von blauem Himmel, grünen Wiesen und sich langsam verfärbenden Wäldern. Zudem sorgten die guten Gespräche dafür, dass keine Langeweile aufkam.

Der erste Exkursionstag führte zu nächst nach Waren, einer Stadt im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Stadt ist zugleich Sitz des Amtes Seenlandschaft Waren, dem 19 Gemeinden angehören. Hier ließ man die Mecklenburger Seenplatte auf sich wirken. Am Wasser und in der Natur scheint das Leben etwas langsamer und beschaulicher abzulaufen.

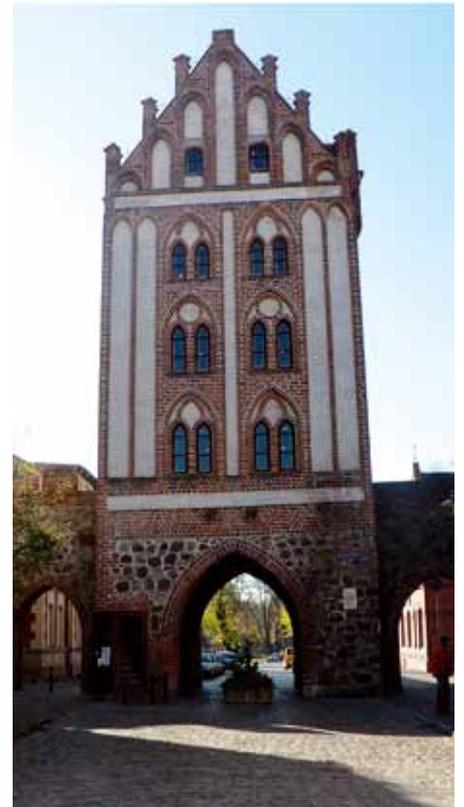
Dann stand der Handwerkermarkt in Bollewick auf der Tagesordnung. Die Läden und Werkstätten der Händler und Kunsthandwerker, denen man beim Arbeiten zuschauen kann, boten Gelegenheit zu so mancher Fachsimpelei. Auf für die Damen, die mehr den ästhetischen Genüssen zugetan waren, boten die Ladengässchen mit ihrer verträumt-nostalgischen Atmosphäre großzügig Gelegen-

heit das ein oder andere Reiseandenken zu erwerben.

Nachdem man sich mit einem reichhaltigen Essen gestärkt hatte, ging es über Röbel zurück nach Waren, wo ein sachkundig geführter Stadtbummel durch die liebevoll restaurierte Altstadt auf dem Programm stand.

Die Warener Altstadt hat sich zum Touristenmagnet entwickelt

Waren wurde bereits um das Jahr 150 n. Chr. vom alexandrinischen Geografen Claudius Ptolemäus erwähnt und ist deshalb einer der ersten urkundlich erwähnten Orte auf dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns. Um 1292 erhielt Waren die Stadtrechte, um 1306 auch das Fischereirecht auf der Müritz.



Das Prenzlauer Tor in der vollständig erhaltenen Stadtmauer von Templin beherbergt ein Museum.

Durch die großen Stadtbrände von 1568, 1637, 1671, 1673 und 1699 und durch den Dreißigjährigen Krieg wurde die Stadt vielfach verwüstet, aber immer wieder aufgebaut. 1806 kämpfte Blücher in der Umgebung der Stadt gegen die Franzosen.

Als überaus geschäftstüchtig erwies sich die Stadt Waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als man schon ab 1920 Kurtaxe von den noch spärlichen Touristen erhob. Im Jahr 1925 erlebte der Warener Hafen seinen wirtschaftlichen Höhepunkt. Die 188 ankommenden und die 208 auslaufenden Schiffe schlugen insgesamt 22.330 t an Gütern um.

Nach dem 2. Weltkrieg führte Waren ein Dasein als Mauerblümchen. Als in den 1970er Jahren jedoch größere Teile der historischen Altstadt einer großflächigen neuen Verkehrsplanung geopfert und abgerissen wurden, regte sich erster Widerstand. Die Menschen in Waren wurden sensibilisiert für die Bewahrung der alten Bausubstanz. Der Bürgerbewegung „Rettet die Altstadt“ ist es so zu verdanken, dass man heute noch den Charme des alten Stadtkerns genießen kann.

Nach der Wende wurde ab 1991 der historische Stadtkern zwischen der Müritz und dem Tiefwareensee im Rahmen der Städtebauförderung grundlegend saniert. Das Stadtbild mit den zwei Kirchen, Rathaus, Altem und Neuem Markt und den Speichern hat eine wesentliche



Ein Rundgang durch die Warener Altstadt ist besonders erlebnisreich und spannend, wenn das Wetter mitspielt.



Eine Schifftour auf der Müritz im vollen Sonnenlicht, was kann es Schöneres geben?

Auffrischung erfahren. Abgerundet wurde der Tag mit einer Schifftour auf der Müritz, die ausgiebig Gelegenheit bot, die Seele baumeln zu lassen.

Die Uckermark mit ihrem Zentrum Templin ist sehenswert

Der dritte Exkursionstag stand ganz im Zeichen der Erkundung der Uckermark. Die Ruheständler wanderten fast ständig auf den Spuren der Bundeskanzlerin, die hier zu Hause ist. Wer den Rummel und den Trubel sucht, der ist in der Uckermark falsch. In einer der am dünnsten besiedelten Regionen der Bundesrepublik haben die Menschen noch Muße zu einem „Klönnsnack“. Man interessiert sich noch mehr für seine Mitmenschen und

weniger für materielle Errungenschaften. Zunächst besuchte die Reisegruppe den **Ziegeleipark Mildenberg**. Hierbei handelt es sich um ein Industriedenkmal in der Nähe des Dorfes Mildenberg. Er befindet sich auf dem Betriebsgelände zweier benachbarter Ziegeleien, die dort noch bis 1991 in Betrieb waren.

Der Beginn der Ziegelproduktion in der Gegend geht auf das Jahr 1887 zurück, als beim Bau der Eisenbahnstrecke Löwenberg–Templin reiche Tonvorkommen entdeckt wurden. Da zu der Zeit die Tonvorkommen in Glindow an der Havel fast erschöpft waren, entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts innerhalb kurzer Zeit bei Mildenberg eines der größten zusammenhängenden Ziegeleigebiete Europas. Begünstigt wurde

die Entwicklung dadurch, dass die Tonstiche in unmittelbarer Nähe zur Havel lagen und der Wasserweg eine günstige Transportmöglichkeit darstellte. Die sich gerade durch Zuwanderung rasant vergrößernde Reichshauptstadt Berlin hatte einen enormen Bedarf an Baumaterial, der nun gedeckt werden konnte.

Die höchste Produktionskapazität mit 625 Millionen Stück Mauerziegeln wurde im Jahr 1910 erreicht. Die 57 Ringöfen waren im Schichtbetrieb im Einsatz. Berlin und seine Nachbarstädte Charlottenburg und Schöneberg expandierten vor dem 1. Weltkrieg. Sie waren folglich unersättlich nach neuen Baumaterialien.

Nach 1945 entwickelte sich die Ziegelindustrie in der DDR wieder gut. Der Wiederaufbau erforderte große Mengen an Baumaterial. Die Gegend um Mildenberg entwickelte sich zur größten, nun volkseigenen, Produktionsstätte von Ziegelsteinen und Dachziegeln. Erst die Einführung der Plattenbautechnologie brachte in den 1960er Jahren eine wirtschaftliche Zäsur. Nach der Wende wurde der Betrieb 1991 eingestellt, weil westliche Investoren keine Zukunft mehr in der Produktion von Ziegelsteinen sahen.

Templin – die Perle der Uckermark

Mittels der Tonlorenbahn ging es über das Museumsareal. Während der Fahrt wurde über die Technik der Ziegelherstellung von handgestrichenen Ziegeln bis zu der automatischen Strangpresse, die in den 1950er Jahren die modernste Technik auf dem Gebiet darstellte, informiert. Eine andere Ausstellung beschäftigt sich mit der Arbeitswelt der Ziegler, die als Wanderarbeiter saisonal eingestellt wurden, und unter oftmals schlechten Bedingungen lebten und produzierten.



Mit „gezücktem“ Säbel wurde die Bielefelder Reisegruppe zum Essen gezwungen, dabei hatten alle einen guten Appetit mitgebracht.



Das Erlebte am Abend im Gespräch bei einem guten Glas „Köstritzer“ zu vertiefen und zu verarbeiten, war ein befriedigendes Gemeinschaftserlebnis.

Nach dem bodenständigen Erlebnis im Ziegeleimuseum führte die Fahrt in die Perle der Uckermark, nach Templin. Erstmals wurde die Stadt 1270 urkundlich als „Templyn“ erwähnt. Eine 1287 in Templin ausgestellte Urkunde weist auf einen Besuch des Markgrafen Otto IV. hin. 1397 erfolgte der Beitritt zum Städtebündnis mit Stralsund, Stettin, Pasewalk, Prenzlau und Strasburg, um dem verbreiteten Bandenunwesen entgegenzuwirken. Im „Frieden von Prenzlau“ 1479 kam Templin endgültig zu Brandenburg.

Im Jahr 1618 legte ein großer Stadtbrand weite Teile der Stadt in Schutt und Asche. Fünf Menschen, 309 Häuser, Kirche, Rathaus und Schule wurden Opfer der Flammen. 1627 erreichte der Dreißigjährige Krieg die Stadt. Dänische Truppen belagerten und erpressten die Kommune, die nach dem Brand von 1618 erst zu zwei Dritteln wieder aufgebaut war. Der größte und letzte Stadtbrand in der Stadtgeschichte brach 1735

lebte. Die vollständig erhaltene Stadtmauer, die dreischiffige St. Magdalenen-Kirche, das wiedererrichtete Rathaus und die historische Altstadt waren die „Highlights“ der Besichtigungstour.

Boitzenburg – eine architektonische Inspiration

Die Fahrt ging anschließend nach Boitzenburg, einem Herrnsitz, der 1279 erstmals erwähnt wird. Boitzenburg war bis 1945 Stammsitz der Familie von Arnim, ein Adelsgeschlecht das die historische Entwicklung der Uckermark maßgeblich beeinflusst hat. Vom ursprünglichen, Ende des 16. Jahrhunderts errichteten Renaissancebau, sind nur noch Teile erhalten. Das Schloss wurde mehrmals um- und ausgebaut und zählt bis heute mit zu den schönsten Schlössern in Brandenburg. Es liegt auf einer Insel inmitten eines Landschaftsparks. Von Peter Joseph Lenné wurde der ehemals barocke Schlosspark zu einem englischen Landschafts-

hier zusammen mit seiner Gemahlin von 1736 bis 1740 die glücklichsten Jahre seines Lebens, wie er – auf sein Leben rückblickend – später zu Protokoll gab. Nach dem Tod seines Vaters bestieg Friedrich der II. Preußens Thron und überließ Rheinsberg fortan seinem Bruder Heinrich.

Zwar sind die Zeiten des „Alten Fritz“ seither etwas verblasst, aber zu sagen hat er heutigen Menschen noch eine ganze Menge. In seinem Testament formulierte er: *„Unser Leben ist ein flüchtiger Übergang von dem Augenblicke der Geburt zu dem des Todes. Die Bestimmung des Menschen während dieses kurzen Zeitraumes ist es, für das Wohl der Gesellschaft, deren Mitglied er ist, zu arbeiten. Seitdem ich zur Handhabung der öffentlichen Geschäfte gelangt bin, habe ich mich mit allen Kräften, welche die Natur mir verliehen hat, und nach Maßgabe meiner geringen Einsichten darum bemüht, den Staat, welchen ich die Ehre gehabt habe zu regieren, glücklich und blühend zu machen“*. Die Bielefelder Reisesgruppe war fasziniert von dem derzeitigen Erscheinungsbild des Schlosses, das auch ein Tucholski-Museum beherbergt und damit zum Stöbern in dessen Werken einlud.

Der Nachmittag sollte mit einer weiteren Schiffstour abschließen. Doch bevor der Bus den Anleger erreichte, wurde er von „zerlumpte Gesindel“ gestoppt. Die Passagiere wurden zum Aussteigen und Verlassen des Reisebusses gezwungen und in ein nahegelegenes Wäldchen geführt.

Ängstliche Seelen waren erst beruhigt, als sie das vorbereitete Picknick erblickten. Eine schöne Idee des Hotels „Gutenmorgen“, dabei mussten die Kolleginnen und Kolleginnen gar nicht zum Essen gezwungen werden. Der morgendliche Besichtigungsmarathon hatte für einen guten Appetit gesorgt.

Die Heimreise wurde anderntags bei strahlendem Sonnenschein in Angriff genommen. Alle Teilnehmer waren sich einig: Organisator Hans Ebel und seiner Mitstreiter hatten sich selbst übertroffen und eine Fahrt geplant, die in allen Punkten gehobenen Ansprüchen gerecht geworden ist. Da war es fast schon selbstverständlich, dass die Teilnehmer teilweise die Beteiligung an der nächsten Exkursion fest zusagten.



Schloss Rheinsberg erstrahlt nach der Sanierung in alter Pracht. Im Südflügel des Schlosses will Friedrich der Große die glücklichen Jahre seines Lebens verbracht haben.

aus. Nur die St.-Georgen-Kapelle, die Stadtmauer, drei Stadttore und einige wenige Häuser überstanden diese Katastrophe.

Ende des 19. Jahrhunderts brachte die Industrialisierung einschneidende Veränderungen für Templin, die auch Auswirkungen auf die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger hatten. Am 1. Mai 1888 wurde die Bahnstrecke Löwenberg–Templin eröffnet, die in den folgenden Jahren bis Prenzlau weitergeführt wurde.

Während eines Rundganges hatten die Reisetilnehmer Gelegenheit, sich mit der Geschichte und den architektonischen Leckerbissen jener Stadt vertraut zu machen, in der Kanzlerin **Angela Merkel** ihre Kindheit und Jugend ver-

park erweitert, den die Reisegesellschaft zu einem ausgedehnten Spaziergang nutzte. Nicht weit vom Schloss entfernt liegt ein Zisterzienserkloster, welches um 1280 gegründet wurde, von dem aber nur noch einige Ruinen existieren.

Auf den Spuren Friedrichs des Großen

Der Abschlusstag bot ein besonderes Erlebnis. Bevor man sich mit der Rückfahrt befasste, stand die Besichtigung von Schloß Rheinsberg auf der Tagesordnung. Ursprünglich als Wasserburg errichtet, erstrahlt das Schloß nach einer umfangreichen Sanierung und Restaurierung in alter Pracht. Friedrich der II. verbrachte

Wieder in ruhigeres Fahrwasser steuern

Werner Heß ist neuer Leiter der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen

Nachdem Justizminister Thomas Kutschaty den 54-jährigen Psychologen Werner Heß Ende August zum Leiter der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal ernannt hatte, wurde Hess am 10. Oktober 2011 im Rahmen eines Festaktes feierlich in sein neues Amt eingeführt. Der neue Leiter verfügt über einen reichen beruflichen Erfahrungsschatz. Er hat den Auftrag, die Ausbildung für die Laufbahnen des mittleren Dienstes im nordrhein-westfälischen Justizvollzug konsequent fortzuentwickeln und zu optimieren und die Schule wieder in ruhigeres Fahrwasser zu steuern. Die Wuppertaler Ausbildungsstätte strebt die bestmögliche Vorbereitung der Nachwuchskräfte des Vollzuges an. Ziel ist die optimale Vorbereitung der Nachwuchskräfte auf den schwierigen vollzuglichen Alltag. Hinsichtlich der theoretischen Wissensvermittlung nimmt sie zudem eine Schlüsselrolle ein. Der BSBD wünscht dem neuen Schulleiter, dass es ihm zunächst gelingt, die Vollzugsschule wieder flott und leistungsfähig zu machen. Nachdem zu Beginn des Sommers massive Vorwürfe und Kritik an jenen Lehrkräften geübt wurde, die mit der Vermittlung der Eingriffs- und Sicherungstechniken betraut waren, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Als Schulleiter folgt **Werner Heß** dem im Februar 2010 in den Ruhestand getretenen **Frank Fraikin** nach. Er übernimmt die Leitungsaufgabe in schwieriger Zeit, nachdem die Schule auch öffentlich in die Kritik geraten ist. Von einigen Nachwuchskräften wurde der Vorwurf erhoben, von Lehrkräften bei der Vermittlung von Eingriffs- und Sicherungstechniken über Gebühr körperlicher Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein, ohne dass dies den Trainingszielen geschuldet gewesen sei.

Die Vita des neuen Leiters

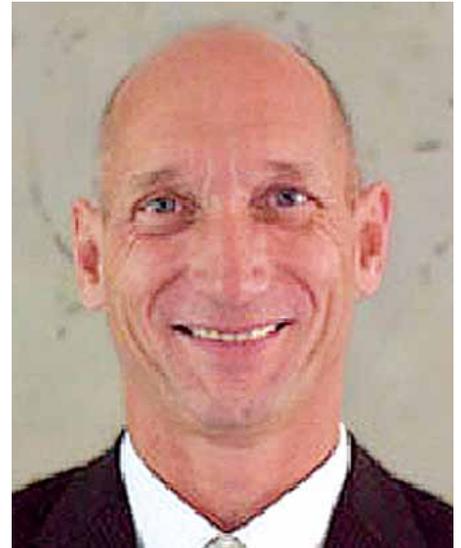
Nach einer Handwerkerlehre und dem Studium der Psychologie in Berlin und Exeter (Großbritannien) sowie einer anschließender Berufstätigkeit als Psychologe trat **Heß** 1989 in den Dienst des Justizvollzuges des Landes Berlin. Berufliche Erfahrungen sammelte er in der Justizvollzugsanstalt für Frauen in Berlin sowie als Leiter der Einweisungsabteilung bei der Justizvollzugsanstalt Tegel.

Im März 2001 wechselte der gebürtige Paderborner nach Nordrhein-Westfalen und übernahm die Funktion des Fachdezernenten für den psychologischen Dienst zunächst im ehemaligen Justizvollzugsamt Westfalen-Lippe, später im Landesjustizvollzugsamt Nordrhein-Westfalen in Wuppertal. Nach dessen Auflösung wurde er im Januar 2008 an die JVA Castrop-Rauxel versetzt. Von März 2009 bis April 2011 war er mit der Stellvertretung des Leiters der JVA Gelsenkirchen betraut. Zuletzt arbeitete er in leitender Funktion in der JVA Hagen. **Werner Heß** ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Die Besetzung der Leitungsfunktion zog sich über

etliche Monate hin. Vermutlich hat das Interesse der Medien an den Vorgängen in der Justizvollzugsschule dazu beigetragen, dass diese Personalentscheidung nunmehr recht schnell getroffen wurde. Und einen wichtigen Auftrag gab Justizminister **Thomas Kutschaty** dem neuen Leiter mit auf den Weg, indem er erklärte: „Theoretisches Fachwissen allein helfe dabei (allein) nicht weiter. Der Justizvollzug brauche vielmehr Persönlichkeiten, denen es gelinge, die Inhaftierten auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten und zugleich die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Hiervon profitieren die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.“



MdB Peter Biesenbach, CDU, hatte den Stein ins Rollen gebracht und die Öffentlichkeit über behauptete Missstände an der Justizvollzugsschule informiert.



Werner Heß

Betriebsklima an der Justizvollzugsschule ist verbesserungsbedürftig

Nachdem jene Nachwuchskräfte, die im Juni 2011 ihre Laufbahnprüfungen abgelegt haben, einigen Lehrern vorwarfen, beim Training der Eingriffs- und Sicherungstechniken verschiedentlich Körperereinsatz gezeigt zu haben, der über die Einübung spezifischer Techniken weit hinaus gegangen sei, sind die erforderlichen Verwaltungsermittlungen durch das Justizministerium und auch die Einschaltung der zuständigen Staatsanwaltschaft veranlasst worden, um dieses Vorwürfe auf strafrechtliche Relevanz zu überprüfen. Nachdem der Vorgang durch MdB **Peter Biesenbach** (CDU) unter Hinweis auf Informationen aus dem Hauptpersonalrat im WDR-Fernsehen öffentlich gemacht worden war und sich in den Folgetagen zahlreiche Strafvollzugsbedienstete auf den Internetseiten des WDR zu diesem Fall äußerten, teilweise auch eigene Erfahrungen schilderten und aus subjektiver Sicht bewerteten, war der Lehrkörper an der Schule stark verunsichert.

Bereits in der Vergangenheit hatten sich wegen unterschiedlicher Ansichten und Auffassungen über Lehr- und Stoffvermittlungsmethoden starke Meinungsverschiedenheiten entwickelt. Da war es nicht weiter verwunderlich, dass die erhobenen Vorwürfe nicht gerade zu einer Bewältigung der vorhandenen Divergenzen beitrugen. Einige Lehrkräfte haben zwischenzeitlich resigniert aufgegeben und sich um anderweitige dienstliche Verwendungen bemüht.

Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse des Strafvollzuges und seiner Nachwuchskräfte liegen. Wenn Justizmi-

nister **Kutschaty** von den Lehrkräften erwartet, dass sie an der Schule Persönlichkeiten formen, die den Herausforderungen des Behandlungsvollzuges gewachsen sind, dann muss das Personal an der Schule selbst diesen Maßstäben gerecht werden und genügen.

Eine Unterschriftenaktion der letzten Tage lässt Zweifel aufkommen. Wenn die Initiatoren Kolleginnen und Kollegen teilweise massiv bedrängen, sich an dieser Aktion zu beteiligen, obwohl sie dazu gar nicht willens sind, ist der betriebliche Frieden an der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen erheblich gestört.

Eine Runde „Schwarzer Peter“ gefällig?

Der **BSBD** setzt insoweit auf die Führungskraft des neuen Schulleiters. Er wird Kärnerarbeit leisten müssen, um die einzelnen Interessengruppen zu versöhnen und zu einer schlagkräftigen Einheit zusammen zu schweißen. Um diesen Prozess zu befördern, bietet der **BSBD** seine Unterstützung an. Für die Erfüllung des ministeriellen Auftrages, Persönlichkeiten zu formen, ist eine wertschätzende Wissensvermittlung unerlässlich. Auch Anwärtinnen und Anwarter sind Berufskollegen, die Respekt, Vertrauen und persönliche Achtung erwarten dürfen. Was wir auf keinen Fall gebrauchen können, ist die Ausübung psychischen Druckes oder die wissentliche Anwendung von exzessiver körperlicher Gewalt.

Unter dem 10. Juli 2011 hat sich die gewerkschaftliche Konkurrenz von **Ver.di**



An der Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal sollen sich Schikanen und Drangsalierungen zugetragen haben.

zu den Vorfällen zu Wort gemeldet und eine sehr sachliche Position eingenommen. In der inhaltlichen Bewertungen der Vorgänge gibt es Unterschiede allenfalls in Nuancen. Ganz konnte man es jedoch nicht unterlassen, gewerkschaftliches Kapital aus dem Umstand zu schlagen, dass MdL **Biesenbach** (CDU) sich auf Informationen aus dem Hauptpersonalrat berief, als er die Vorfälle in einem Interview mit dem WDR-Fernsehen öffentlich machte.

Unter Hinweis auf die gesetzliche Pflicht zur Verschwiegenheit wird behauptet, dass der Strafvollzug durch diese Indiskretionen mal wieder in die „öffentliche Schmutzdecke“ gerückt worden sei. Gut gebrüllt Löwe, möchte man da ausrufen! Indem subtil imaginäre Mächte bemüht werden, die den Strafvollzug diskreditieren, man sich und seine Vertreter im Hauptpersonalrat als gesetzestreu beschreibt, können die Indiskretionen nach den Gesetzen der Logik nur von der gewerkschaftlichen Konkurrenz begangen worden sein. Ein unausgespro-

chener Vorwurf, den sich der Leser selbst erschließen muss, ist schon etwas Schönes.

Leider muss **Ver.di** wenige Zeilen später einräumen, dass über Sachverhalte, die durch MdL **Biesenbach** (CDU) im WDR öffentlich gemacht worden sind, in der in Rede stehenden Sitzung gar nicht diskutiert worden sind. **Da erhebt sich die Frage: Wie seriös sind jene Kräfte die Indiskretionen und eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht behaupten, wenn diese Inhalte im Hauptpersonalrat weder offenbart noch diskutiert worden sind?**

Abschließend ist festzustellen, dass außer MdL **Biesenbach** (CDU) wohl niemand weiß, auf welchem Wege der Parlamentarier Information über Vorkommnisse an der Schule erhalten hat. Und solange dieser Informationsweg nicht nachweislich bekannt ist, empfiehlt der **BSBD**, von unausgesprochenen Vorwürfen Abstand zu nehmen und sich ausschließlich mit den Fakten zu befassen.

Dem neuen Leiter der Justizvollzugsschule, Ltd. Regierungsdirektor Werner **Heß**, wünscht der **BSBD** für seine verantwortungsvolle neue Aufgabe Fingerspitzengefühl, eine glückliche Hand, aber auch die erforderliche Durchsetzungsfähigkeit, um die Strukturen des Lehrkörpers und der Verwaltung so zu gestalten und gegebenenfalls so zu verändern, dass sich alle Beteiligten dem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlen, die Nachwuchskräfte des NRW-Strafvollzuges bestmöglich auf die Herausforderungen des Vollzugsalltags vorzubereiten.

2. Deutsche Meisterschaft der Justizbediensteten im Triathlon

Die ultimative sportliche Herausforderung

Das Sportereignis erweckte Interesse. Triathlon ist die ultimative Herausforderung für jeden Sportler, dem ein einfacher Distanzlauf nicht anspruchsvoll genug ist. Aus Nordrhein-Westfalen hatten sich Sportler aus den Vollzugseinrichtungen Büren, Geldern und Hamm gemeldet. Für diese Teilnehmer stand von vornherein fest: wir fahren nicht in das veranstaltende Schleswig-Holstein, um nach wenigen Metern das Handtuch zu werfen. Deshalb löste die Ausschreibung der Meisterschaft zunächst intensive Trainingsarbeit aus, denn ohne hervorragende konditionelle Konstitution, das stand zur Überzeugung der Beteiligten fest würde kein Blumentopf zu gewinnen sein.



Kai-Uwe Birwe von der JVA Hamm (li.) und Heiner Thöne von der JVA Büren präsentieren stolz die errungenen Siegerurkunden.

Am 21. August 2011 war es dann soweit, der Tag der Entscheidung war gekommen. In Bornhöved bei Kiel ging es an den Start. Die Meisterschaft wurde über die Sprintdistanz ausgetragen. Nach 500 m Schwimmen und 22 km Radfahren stand ein 5000m-Lauf auf dem Programm, der die letzten Kraftreserven beanspruchen würde, das war allen Sportlern klar.

Die Meisterschaft – ein unvergessliches Erlebnis

Mit den unterschiedlichsten Erwartungen hatten sich die nordrhein-westfälischen Teilnehmer auf den Weg in den Norden der Republik gemacht. Gespannte Vorfreude war spürbar, doch was ihnen konkret an körperlicher Belastung bevorstand, konnte zu diesem frühen



Justizminister Emil Schmalfuß, Mi., überreicht Heiner Thöne, li., JVA Büren, die Ehrenkunde für den 2. Platz in der Altersklasse TM 45. Rechts im Bild: Organisator Andreas Bahr von der JVA Kiel.

Zeitpunkt niemand erlauben. Am Ort des Geschehens angekommen, beanspruchten die Startvorbereitungen soviel Konzentration, dass keiner der Starter realistische Vorstellungen von den Herausforderungen der Teilstrecken hatte. Dann war es endlich so weit. Im Abstand von vier Minuten wurden die Teams auf die Laufstrecke geschickt. Die Schar der Meisterschaftsteilnehmer stürzte sich ins Wasser, um möglichst unbehelligt von den Gegnern, die Schwimmstrecke absolvieren zu können. Auf alle Fälle galt es, sich aus kraftraubenden Positionskämpfen, bei denen man auch schon mal kräftig Wasser schlucken muss, heraus zu halten. Was sich den nordrhein-westfälischen Teilnehmern bereits nach wenigen Schwimmzügen erschloss, war die Erkenntnis, dass die Streckenführung höchste Anforderungen an die konditio-

nelle Fitness stellen würde. Zwischen 7:30 Minuten und 15:00 Minuten benötigten die Teilnehmer für die Schwimmdistanz. Dann hieß es, raus aus dem Wasser und mit Schwung auf den Fahrradsattel. Die Streckenführung gestattete den ausgepumpten Athleten, sich einigermaßen zu erholen, bevor mit voller Kraft in die Pedalen getreten werden musste.

Die nordrhein-westfälischen Starter hielten nicht nur in ihrer jeweiligen Altersklasse gut mit, sie bewegten sich auch in der Gesamtwertung im Vorderfeld des Pelotons. Gefragt waren Strategie und Durchhaltewillen.

Sich die Kräfte richtig einzuteilen, sich nicht bereits auf den ersten Kilometern auszupowern, war das Gebot der Stunde. Zwischen 35 und 50 Minuten benötigten die Starter, um die anspruchsvolle Radstrecke zu bewältigen.



Betriebsame Geschäftigkeit vor dem Start. Die Wettkämpfer versuchen, ihre Sportgeräte in Ordnung und die eigenen Nerven im Zaum zu halten.

Straßenlauf war Grenzerfahrung körperlicher Leistungsfähigkeit

Schon ziemlich mitgenommen erreichten die meisten Teilnehmer die Wechselzone, um den abschließenden 5000 m-Lauf in Angriff zu nehmen. Auch wenn die ersten Meter noch recht leichtfüßig bewältigt wurden, so machten sich die großen Kraftanstrengungen doch mit jedem weiteren Meter nachhaltig bemerkbar. Die Sportler spürten, wie jeder Schritt dem Körper kaum noch vorhandene Kraftreserven entzog. Auch wenn man bestrebt war, die Energiespeicher an den Verpflegungsstellen wieder aufzufüllen, so lernten die meisten Teilnehmer doch die Grenzen ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit kennen. Befriedigung stellte sich nur bei dem Gedanken ein, wie gut es gewesen war, zur Vorbereitung auf die Meisterschaft die eigene Kondition auf Vordermann gebracht zu haben.

Nach dem Schwimmen und Radfahren stellt sich sehr schnell die Erkenntnis ein, dass 5000 m, also 12 ½ Stadionrunden, eine lange Strecke sein können. In Zielnähe mobilisierten die Teilnehmer nochmals die letzten Reserven, um die selbstgesteckten Ziele nicht zu verpassen. Die durch den Veranstalter gewählte Streckenführung erwies sich als äußerst selektiv und saugte den Sportlern die letzten Kräfte aus den Beinen. Bei dem ein oder anderen Starter stellten sich muskuläre Probleme ein, die durch die medizinischen Betreuung allerdings schnell behoben werden konnten.

Auf den letzten 1000 m entschied sich die Meisterschaft. **Heiko Meinert** von der JVA Neumünster nutzte den Heimvorteil, schüttelte seine hartnäckigsten Verfolger ab und siegte in überzeugender Manier. Die beste Zeit der nordrhein-westfälischen Kollegen erzielte **Heiner Thöne** von der JVA Büren, der in 1:15:50 Std. das Ziel erreichte und die Meisterschaft mit dem 8. Platz abschloss.

In der Altersklasse TM 45 belegte er mit dieser Zeit einen hervorragenden zweiten Platz. Zudem hätte die Leistung ausgereicht, um in der Altersklasse TM 40 zu siegen. Gesamt-Neunter wurde **Oliver Kämmerer** von der JVA Geldern, der nach 1:17:23 Std. die Ziellinie erreichte. Mit diesem Ergebnis belegte **Kämmerer** einen hervorragenden vierten Platz in seiner Altersklasse.

In der Altersklasse TM 40 gingen **Jürgen Dellemann** von der JVA Geldern und **Kai-Uwe Birwe** von der JVA Hamm an den Start. Während **Dellemann** die Strecke in 1:22:47 Std. bewältigte, benötigte **Birwe** 1:25:45 Std. Mit dieser starken Leistung belegten sie in der Gesamtwertung die Plätze 12 und

13 und in ihrer Altersklasse die Plätze 2 und 3. Nach der Siegerehrung, die Justizminister **Emil Schmalfuß** persönlich vornahm, kehrten die Lebensgeister nach und nach zurück. Mit den zunehmenden Kräften stellte sich dann auch der Stolz auf die eigene Leistung ein. Alle mussten an die Grenze ihrer körperlichen Belastbarkeit gehen und der ein oder andere stand während des Wettkampfes vor der Entscheidung, den Kampf gegen Gegner und dem eigenen „Schweinehund“ aufzugeben. Da half nur noch Willensstärke weiter, um die ultimative körperliche Herausforderung erfolgreich zu bestehen.

Bei der Abreise waren sich die nordrhein-westfälischen Teilnehmer einig, an einer professionell aufgezogenen Meisterschaft teilgenommen zu haben, bei der besonders die Pasta-Party nach der am Vortag des Wettkampfes durchgeführten Wettkampfbesprechung zu überzeugen wusste.



Technische Defizite machen sich beim Schwimmen besonders stark bemerkbar. Auch bei dieser Meisterschaft handelten sich Starter Rückstände ein, die sie auf den Rad- und Laufstrecken nicht mehr aufholen konnten.

Überwachung gefährlicher Straftäter

Die elektronische Fußfessel ist kein Allheilmittel zur Verhinderung von Straftaten

Die vier Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben vereinbart, eine gemeinsame, rund um die Uhr besetzte Zentralstelle aufzubauen, die gefährliche Straftäter überwacht. Ist gerichtlich das Tragen einer elektronischen Fußfessel angeordnet worden, gibt die Zentralstelle Alarm und veranlasst das Erforderliche, wenn Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind.

Den Abschluss des Staatsvertrages über die Einrichtung einer im hessischen Bad Vilbel angesiedelten „Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder“ hat die NRW-Landesregierung zugestimmt, wie Justizminister **Thomas Kutschaty** am 21. Juli 2011 in Düsseldorf bekanntgab. Weitere Bundesländer haben bereits Beteiligungswillen signalisiert.

„NRW ist damit dem flächendeckenden Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung einen entscheidenden Schritt nähergekommen“, betonte der Minister. Das nordrhein-westfälische Justizministerium habe maßgeblich an der Erarbeitung des Staatsvertrages mitgewirkt. Der Minister sieht in der Fußfessel einen weiteren Baustein zum Schutz der Bevölkerung vor rückfallge-



BSBD-Chef Klaus Jäkel warnt davor, allein auf die elektronische Überwachung von Straftätern zu setzen.

Heute schon gelacht?

Jaja, das Finanzamt

Eine arme, alte Frau braucht dringend 200,00 Euro. Sie schreibt dem Lieben Gott einen Brief und bittet ihn, ihr das dringend benötigte Geld zu schicken. Natürlich können die Postboten mit der Anschrift nichts anfangen, darum stellen sie den Brief dem Finanzamt zu.

Ein Finanzbeamter liest den Brief und hat sofort Mitleid mit der armen Frau.

Er macht eine Sammlung bei den Kollegen, die aber nur 100,00 Euro erbringt. „Egal!“, denkt er und schickt das Geld ab. Die alte Dame erhält den Brief und rennt sofort in die nächste Kirche, um dem Lieben Gott zu danken.

Sie betet ein „Vaterunser“ nach dem anderen. Als sie die Kirche verlassen will, dreht sie sich noch einmal um und sagt: „Wenn Du mir wieder mal Geld schickst, lieber Gott, dann lass es nicht über das Finanzamt laufen! Die haben mir nämlich schon wieder die Hälfte abgezogen!“

fährdeten Gewalt- und Sexualstraftätern. Nach Einschätzung des Ministeriums können strafbare Verstöße gegen gerichtliche Weisungen - wie etwa das Verbot, bestimmte Örtlichkeiten zu betreten - schnell festgestellt werden. Die Überwachung werde künftig von der gemeinsamen Überwachungsstelle aus erfolgen, die im Gefahrenfall auch die Polizei verständigt.

Zwar sieht der Minister die rechtlichen und technischen Möglichkeiten der Überwachung als beschränkt an. Es sei beispielsweise nur im Ausnahmefall



Justizminister Thomas Kutschatzy zeigte sich befriedigt darüber, dass nunmehr durch einen Staatsvertrag eine gemeinsame Überwachungsstelle der Länder NRW, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern geschaffen werden kann.

– etwa zur Aufklärung von Straftaten – erlaubt, Bewegungsprofile zu erstellen. Auch wenn sich Rückfalltaten durch

die Überwachung nicht sicher verhindern lassen, verspricht sich der Minister von der Fußfessel eine deutlich abschreckende Wirkung, weil der jeweilige Aufenthaltsort rückwirkend genau bestimmt werden könne.

Der Minister informierte, dass in NRW eine von bundesweit drei „elektronischen Fußfesseln“ im Einsatz sei. Wegen der abschreckenden Wirkung der Technik verspricht er sich, dass diese Technik ab 2012 bundesweit zum Einsatz kommen wird.

In einer ersten Stellungnahme kritisierte BSBD-Chef Klaus Jäkel, dass die elektronische Fußfessel grundsätzlich nur in Einzelfällen sinnvoll eingesetzt werden könne. Man dürfe diese Technik nicht als Allheilmittel ansehen, weil sie nicht geeignet sei, Straftaten sicher zu verhindern. Diese Einschätzung wird durch Götz Stamm, Vertreter der Firma 3M/Elmotech, die als Weltmarktführer für elektronische Überwachungssysteme gilt, bestätigt. Er machte nachdrücklich darauf aufmerksam, dass der Einsatz solcher Überwachungssysteme nur dann effektiv erfolgen könne, wenn der jewei-

lige Straftäter mit der Justiz kooperiere. So sei es nämlich möglich, die Fußfessel mit einer handelsüblichen Kabelschere zu durchschneiden. Straftaten könnten daher nicht mit hinreichender Sicherheit verhindert werden.

Jäkel warnte davor, zu große Erwartungen und Hoffnungen auf die neue Technik zu setzen. „Sie ist allenfalls ein kleiner Baustein im Arsenal der Inneren Sicherheit und wird vielleicht auch im Bereich der vollzuglichen Lockerungen eingesetzt werden können“.



Die Fußfessel hat sicher eine gewisse abschreckende Wirkung, kann aber Straftaten in letzter Konsequenz nicht verhindern.

Schneller als erwartet

Anwärtersonderzuschlag für ein weiteres Jahr gesichert

Schneller als erwartet erreichte den BSBD die Nachricht, dass den Laufbahnbewerbern des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes der Anwärtersonderzuschlag über den 31. Dezember 2011 hinaus für ein weiteres Jahr gewährt wird. Damit hat der Finanzminister des Landes sehr zügig die erforderliche Zustimmung erteilt, die für die Vollzugseinrichtungen und die Betroffenen für ein weiteres Jahr Planungssicherheit schafft. In einer ersten Stellungnahme freute sich der BSBD-Vorsitzende Klaus Jäkel über diese Entscheidung, lobte zudem die inhaltliche Unterstützung durch das Justizministerium, mahnte aber zugleich an, die Zustimmungsintervalle zu verlängern.

Die Gründe für die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen im Bereich des Strafvollzuges haben wir in der Ausgabe 3/2011 ausführlich dargestellt. Wenn sich der Vorsitzende nunmehr für die Verlängerung der Befristungsregelung ausspricht und einsetzt, dann geht es darum, die Rahmenbedingungen für ein berufliches Engagement im Strafvollzug für Berufseinsteiger mit hinreichender Verlässlichkeit festzulegen. Hiervon verspricht sich der BSBD einen werbewirksamen Effekt, um leistungsstarken Bewerberinnen und Bewerbern einen Wechsel in den Strafvollzug ohne allzu große finanzielle Opfer zu ermöglichen.

Der Strafvollzug bemüht sich speziell um Nachwuchskräfte, die bereits über berufliche Erfahrungen in der Privatwirtschaft verfügen. Gerade auf diese Erfahrungen setzt der Strafvollzug bei der Wahrnehmung seines Behandlungsauftrages. Diese Personengruppe ist aber bereits vielfach in finanzielle Verpflichtungen eingebunden, die mitunter die Aufnahme einer erneuten Berufsausbil-

dung verhindern. Um bei der Anwerbung gerade dieses erwünschten Bewerberpotentials nicht chancenlos zu sein, ist die Gewährung eines Anwärtersonderzu-

schlages unverzichtbar. Der Sonderzuschlag wird auch künftig in Höhe von 50 Prozent des Anwärtergrundbetrages gezahlt. Nach Auffassung des BSBD ist



Anwärtersonderzuschlag ist für ein weiteres Jahr gesichert.



BSBD-Vorsitzender Klaus Jäkel schlägt die Verlängerung der Bewilligungsfristen für den Sonderzuschlag vor, um mehr Planungssicherheit für die Vollzugseinrichtungen und die Betroffenen zu schaffen.

der Anreiz eines „sicheren“ Arbeitsplatzes derzeit allein nicht ausreichend; es müssen vielmehr finanzielle Rahmenbedingungen hinzutreten, die den Bewerbern den Berufswechsel auch in finanzieller Hinsicht erlauben. Die Bundesrepublik befindet sich wirtschaftlich noch in einer guten Situation. Leistungsstarke Kräfte sind auf dem Arbeitsmarkt gefragt und die Konkurrenz aus der Privatwirtschaft wirbt im Vergleich mit dem öffentlichen

Dienst mit deutlich höheren Anfangsgehältern. Mit dem erzielten Ergebnis zeigte sich **BSBD-Chef Klaus Jäkel** zufrieden, betonte aber zugleich, dass solche gewerkschaftlichen Erfolge keine Selbstläufer seien. Hierfür bedürfe es in jedem einer starken gewerkschaftlichen Interessenvertretung, damit die Belange von Berufsgruppenminderheiten, wie wir sie im Strafvollzug antreffen, nicht übersehen werden können.

Auswirkungen sind zu beobachten

Privat – statt Staat ein Auslaufmodell?

Seit Ende der 1990er Jahre muss sich der Vollzug in fast allen Bundesländern immer wieder gegen politische Privatisierungsabsichten zur Wehr setzen. In Nordrhein-Westfalen ist die Teilprivatisierung von vollzuglichen Aufgaben derzeit kein Thema. Das darf uns allerdings nicht dazu verleiten, diesem Bereich keine Aufmerksamkeit mehr zu schenken. Spätestens wenn in den kommenden Jahren die verfassungsrechtlich für die öffentlichen Haushalte festgeschriebenen „Schuldenbremsen“ wirksam werden, könnte den Gewerkschaften dieses unselige Thema wieder auf die Füße fallen. Von daher sind wir gut beraten, die Auswirkungen in jenen Bereichen zu beobachten, die bereits mit harten Fakten aufwarten können.

Für finanziell überwiegend klamme Kommunen haben sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten vermehrt private Investoren angeboten, öffentliche Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Auf diese Weise kamen Gemeinden zu Spaßbädern, Sportstätten und auch überdimensionierten Kläranlagen. Jahrelang sahen die Kommunen in Öffentlich-Privaten Partnerschaften eine Art Allheilmittel, um trotz leerer Kassen die kommunale Infrastruktur zu verbessern. Wie die Lemminge liefen viele Stadtoberer diesem Trend hinterher und wähten sich in einer „Win-Win-Situation“.

Zwischenzeitlich ist die Euphorie der Anfangsjahre der Ernüchterung gewichen. Viele von Privatunternehmen ge-



Erst privat, jetzt aus Kostengründen wieder in städtischer Hand: das Spaßbad Dorsten.

Heute schon gelacht?

Beherrschung einer Plage

Zwei Mücken vor dem Finanzamt. Eine kommt heraus, die andere will hinein. „Zwecklos“, sagt die erste, „die saugen selbst.“

Kenntnis der Praxis

Zwei Bundesrichter gehen in der Mittagspause im Park spazieren. Plötzlich kommt ein junger Mann atemlos auf sie zugestürzt und wirft einem der Juristen vor: „Ihr Hund hat soeben meine Hose zerrissen.“ Der Richter gibt ihm ohne große Diskussion 200 Euro für den Kauf einer neuen Hose. Als der junge Mann verschwunden ist, fragt der Kollege erstaunt: „Seit wann hast du denn einen Hund?“ Der Bundesrichter antwortet: „Ich habe keinen Hund. Aber man weiß ja nie, wie die Gerichte entscheiden.“

Bewusstseinsstrübung?

Erkennen Sie in dem Angeklagten den Mann wieder, der Ihr Auto gestohlen hat“, fragt der Richter den Geschädigten. „Nach den Ausführungen des Herrn Verteidigers bin ich mir nicht mehr sicher, ob ich überhaupt ein Auto besessen habe“, entgegnet der Geschädigte.

plante, errichtete und finanzierte Bauvorhaben erwiesen sich als schlecht geplant und als zu teuer. **Prof. Dr. Holger Mühlenkamp**, Inhaber des Lehrstuhls für „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, hat viele dieser Projekte untersucht und auf den Prüfstand gestellt.

Mittlerweile hält er ÖPP-Projekte für ein schlechtes Geschäft für den Steuerzahler. Der Wissenschaftler sieht hierin lediglich einen Finanzierungstrick zu Lasten künftiger Generationen und ein attraktives Instrument zur Umgehung der „Schuldenbremse“.

Vor geraumer Zeit hat das ZDF-Magazin „Frontal 21“ am Beispiel des Dorstener Spaßbades belegt, dass Kommunen große finanzielle Risiken eingehen, wenn sie sich auf eine Öffentlich-Private Partnerschaft einlassen. Der Dorstener Bäder-Manager **Reinhard Plettenberg** wird mit der Aussage zitiert: „Bei ÖPP-Modellen sind die Bürger stets doppelte Verlierer. Macht der private Investor Gewinne, mangelt es an Transparenz. Scheitert er, dann bleiben die Kommunen auf den enormen Kosten sitzen!“ Dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen.